

Mietpreis-Stopp 2025: SPÖ bringt wichtige Entlastung für Mieter in Kärnten!

Kärnten stoppt Mietpreiserhöhungen bis 2026. Der neue Beschluss entlastet Haushalte in Zeiten hoher Lebenshaltungskosten.

Kärnten, Österreich - Am 1. April 2025 hat die neue österreichische Regierung einen umfassenden Mietpreisstopp beschlossen, der als Reaktion auf die stark gestiegenen Wohnkosten in den letzten Jahren und die hohen Lebenshaltungskosten eingeführt wurde. Die SPÖ konnte sich in den Regierungsverhandlungen durchsetzen und dieses wichtige soziale Projekt umsetzen. Nach dem Beschluss wird es im gesamten Jahr 2025 keine Mietpreiserhöhungen geben, während für 2026 eine Erhöhung von maximal 1 Prozent und für 2027 von höchstens 2 Prozent erlaubt ist. Damit werden die steigenden Mieten zumindest teilweise eingedämmt, wie **Klick Kärnten** berichtet.

Der Mietpreisstopp gilt für verschiedene Mietarten, darunter Richtwert- und Kategorie-Mieten, Gemeindewohnungen sowie indexgebundene Genossenschaftswohnungen. Ohne diesen Stopp wären die Mieten im April um mehr als 3 Prozent angestiegen. Für Mieter:innen in einer typischen 70-Quadratmeter-Wohnung, die 10 Euro pro Quadratmeter zahlen, hätte dies eine monatliche Erhöhung von etwa 20 Euro bedeutet, so **Kontrast**.

Umfassende Regelungen und Zielsetzungen

Die Regelungen sind weitreichend und sollen auch private Mietverhältnisse sowie Geschäftsräume zukünftig stärker regulieren. In Kärnten beispielsweise wird bereits seit längerem die Mieterhöhung im gemeinnützigen Wohnbau begrenzt, was als Vorbild für das Bundesmodell fungiert. Ein zentrales Ziel des Mietpreisstopps ist die stärkere Regulierung des privaten Marktes, um den finanziellen Druck auf viele Haushalte zu verringern.

Zusätzlich wurde in Kärnten die „Wohnbeihilfe Neu“ eingeführt, die bis zu 42.000 Haushalte unterstützen soll, wobei der Fokus auf Familien mit Kindern und einkommensschwachen Haushalten liegt. Diese Maßnahmen sind besonders wichtig, da Privathaushalte einen erheblichen Teil ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen. Die genauen finanziellen Belastungen, die aus Mietkosten, Betriebskosten und anderen Wohnkosten resultieren, werden in den regelmäßig erhobenen Statistiken dokumentiert, wie **die Statistik Austria** zeigt.

Kritik und Forderungen

Trotz der positiven Aspekte gibt es auch Kritik aus der Immobilienbranche. Einige Experten warnen davor, dass zu viele Regulierungen den Bau neuer Mietwohnungen hemmen könnten. Elke Hanel-Torsch, Geschäftsführerin der Mietervereinigung Wien, hebt jedoch die Notwendigkeit von regulierenden Gesetzen hervor und fordert ein einheitliches Mietrechtsgesetz für alle Mieter:innen. Sie fordert zudem, dass Verstöße von Vermieter:innen gegen die Regulationsnormen mit Konsequenzen, wie Verwaltungsstrafen für Wiederholungstäter, belegt werden.

Der Mietpreisstopp wird als Sofortmaßnahme zur Verhinderung drohender Mieterhöhungen betrachtet. Ohne diesen hätte es erheblich steigende Kosten gegeben, was für viele Haushalte eine große Belastung dargestellt hätte. Ansichten zur Zukunft des Wohnmarktes in Österreich und die Auswirkungen dieser Maßnahmen werden in den kommenden Monaten weiter

diskutiert werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Kärnten, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.klick-kaernten.at• kontrast.at• www.statistik.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at